Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark monatlich 2 Mark; durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Fernsprecher: 17 299. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 553 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile ausschließend an den dreigespaltenen Textteilen ★ Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang. **Dienstag, 14. April 1925** Nummer 10

Gegen die Hindenburg-Front der Bourgeoisie die Rote Front des Proletariats und aller Werktätigen!

An die Werktätigen Deutschlands!

Der Reichsblock, der die mächtigsten Parteien des bürgerlichen Deutschlands vereinigt, hinter dem die einflußreichsten Kreise des Großkapitals stehen, hat

Hindenburg

den kaiserlichen Feldmarschall, den Vertrauensmann Wilhelms, des Narren von Gottes Gnaden, als Kandidaten für das Amt des

Präsidenten der Republik

aufgestellt. Die Parteien der Bourgeoisie, die in der Luther-Regierung sitzen, proklamieren offen:

Ein Monarchist soll Präsident der Republik werden.

Das ist der Erfolg der siebenjährigen Regierungstätigkeit Eberts und der Ebert-Partei. Damit ist offen ausgesprochen, daß wir in einer kaiserlichen Republik leben, in der nur eine demokratische Kulisse die Diktatur der monarchistischen Großbourgeoisie verdeckt. Die Generalsdiktatur soll die Rückkehr zur Monarchie einleiten, das ist der Plan der Deutschnationalen und ihrer Anhänger. Dieser Plan ist nicht neu, er wird nicht heute begonnen. In den Jahren 1923 und 1924 wurden durch Eberts Ausnahmezustand die monarchistischen Generäle zu Diktatoren eingesetzt, sie trampelten die Arbeiterschaft in Sachsen und Thüringen nieder, sie ließen Tausende Proletarier ins Zuchthaus werfen. So wurden unter dem

Ermächtigungs-Kanzler Marx

die letzten Reste der Novembererrungenschaften geraubt, der Achtstundentag abgeschafft, die Erwerbslosen zur Zwangsarbeit gepreßt, die Sozialrentner zum Hungertod verurteilt, die breiten werktätigen Massen durch die Steuernotverordnungen ausgeplündert. Das war die

Vorarbeit für die Hindenburg-Diktatur,

die jetzt angedroht wird.

Die monarchistische Gefahr

das ist nicht die Person des verkalkten Kriegsverlierers Hindenburg, das sind die monarchistischen Offiziere der Reichswehr und der Polizei, die reaktionäre Bureaukratie und Justiz, der ganze Staatsapparat der „Republik", der von den Regierungen der Weimarer Koalition, von den Männern der Ebert-Partei seit der Zeit, wo Hindenburg das Kommando über die „republikanische" Wehrmacht erhielt, systematisch der monarchistischen Reaktion ausgeliefert wurde.

Die monarchistische Gefahr

liegt in der gesamten Bourgeoisie, die zur Durchführung des Dawes-Planes, zur Abwälzung der Milliarden-Lasten auf das Proletariat, zur Brechung jedes Widerstandes der werktätigen Massen, zur Auslieferung des deutschen Volkes als Kanonenfutter für den

Völkerbundskrieg gegen Sowjetrußland

eine brutale, rücksichtslose Militärdiktatur in Deutschland aufrichten will. Das ist das

Programm der Luther-Regierung,

hinter dem alle Parteien der Bourgeoisie von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten stehen.

Angesichts der drohenden Gefahren ist es nötiger als je, daß das

Proletariat einig in einer roten Klassenfront

zusammensteht.

Was aber tut die Sozialdemokratie?

Eben noch hat sie den Arbeitern eingeredet, ihr Kandidat sei der „einzige aussichtsreiche Arbeiterkandidat", und schon ist ihr Braun für die Ministersessel in Preußen verkauft und die Arbeiter werden aufgerufen, für den Zentrumskanzler Wilhelm Marx zu stimmen.

Wer ist Marx? Was ist sein Programm?

Marx war der Zivildiktator des Ausnahmezustandes, er hat feierlich erklärt, nicht gegen die Luther-Regierung zu kandidieren. Sein Programm ist das Luther-Programm, ist das Hindenburg-Programm. Er will es nur geschickter, geschickter, klüger durchführen als Hindenburg und seine deutschnationalen Auftraggeber. Er will jetzt noch nicht die schwarzweißrote Fahne hissen, sondern erst die Kräfte der Bourgeoisie zum letzten Schlage sammeln.

Die SPD. behauptet, Marx sei der Kandidat gegen die Monarchisten. Was ist Marx, was haben die Reichsbannerparteien bisher gegen die Monarchisten getan, was werden sie, was können sie tun?

Werden sie die monarchistische Reichswehr auflösen?
Werden sie die Schupo entmilitarisieren?
Werden sie Verwaltung und Justiz von Reaktionären säubern?
Werden sie die dynastischen Vermögen beschlagnahmen?
Werden sie die Thronprätendenten des Landes verweisen, die monarchistischen Putschisten einsperren?
Werden sie die besten Kämpfer gegen die Reaktion, die revolutionären Arbeiter freilassen?
Werden sie die Faschistenverbände unterdrücken?

Nur ein Narr kann das von der schwarzrotgoldenen Bourgeoisie erwarten.

Was tun die Gewerkschaften, was tut der ADGB gegen die Offensive des Kapitals?

Der Vorstand des ADGB und die Gewerkschaftsvorstände haben bisher Wahlpropaganda für die sozialdemokratischen Agenten der Bourgeoisie gemacht.

Mobilisieren sie die Massen zum Kampfe gegen die Hindenburg-Bourgeoisie?

Die Vorbereitungen zum 1. Mai würden den besten Anlaß dazu bieten, im ganzen Reiche durch allgemeine Arbeitsruhe gewaltige Kundgebungen zum Kampfe gegen die drohende Militärdiktatur zu organisieren.

Gewerkschaftler! Erzwingt in euren Verbänden die Organisation des einheitlichen Kampfes

Schluß mit der Dawespolitik!
Achtstundentag!
Menschenwürdige Löhne!
Ausreichende Sozialfürsorge!
Freilassung der politischen Gefangenen!
Sicherung der Presse-, Versammlungs-, Koalitionsfreiheit!
Fort mit der Klassenjustiz!
Fort mit der Reichswehr und mit der Militarisierung der Polizei!

Kein Bündnis, kein Vertrag gegen Sowjetrußland! oder für neuen imperialistischen Krieg!

Der 1. Mai gelte dem Kampf gegen das Hindenburg-Programm der Bourgeoisie!

Gewerkschaftler! Laßt es nicht zu, daß der Gewerkschaftsapparat und die Gewerkschaftspresse zur Unterstützung des Hindenburg-Programms ausgenutzt werden! Duldet nicht, daß unter dem Schlagwort „für die Republik" für Marx Propaganda gemacht wird. Marx-Programm ist Hindenburg-Programm!

Marx ist der Reichskanzler, der im Auftrage der Bourgeoisie den Achtstundentag beseitigte. Erzwingt den Kampf gegen Hindenburg und Marx!

Arbeiter! Ausgebeutete!

Nicht mit der Bourgeoisie — nur im Kampfe gegen ihre schwarzrotgoldenen Agenten könnt ihr die stärkere Ausbeutung und Unterdrückung, die Auslieferung als Kanonenfutter für neue Imperialistenkriege verhindern.

Nur das revolutionäre Proletariat, das die Monarchie im November 1918 zerschlagen, das den Kampf für die sozialistische Republik geführt hat und von Ebert und Hindenburg blutig niedergeschlagen wurde, das den Kapp-Putsch abgewehrt hat, das 1923 aufmarschierte, um die Faschisten zu verjagen, das 1924 gegen die Deutschen Tage der Monarchie demonstrierte,

nur das revolutionäre Proletariat, als Klasse geeinigt, von der Kommunistischen Partei geführt, unter der roten Fahne

kann die Schlacht gegen die reaktionäre Bourgeoisie schlagen. Diese Schlacht wird nicht mit dem Stimmzettel geschlagen. Es ist nicht die Aufgabe des Proletariats, den geschicktesten Vertreter der Bourgeois-Interessen auszusuchen, zwischen dem Zivildiktator Marx und dem Militärdiktator Hindenburg das kleinere Uebel zu wählen. Wir rufen die Massen auf:

Organisiert den Massenkampf gegen die Bourgeoisdiktatoren, gegen Hindenburg und Marx!

Heraus zu Massendemonstrationen gegen die monarchistische Reaktion, gegen ihre Schrittmacher, die schwarz-rot-goldenen Reaktionäre!

Für die rote Klassenfront des Proletariats!

Für den Sturz der Bourgeoisie und für die Errichtung der proletarischen Diktatur!

Nicht Wahl des Präsidenten der Bourgeoisie, Demonstration für den

Klassenkampf, Bekenntnis zur proletarischen Revolution — das sei die Abstimmung am 26. April

für Ernst Thälmann!

Nun erst recht: Keine Stimme den Kandidaten der Bourgeoisie!

Heraus aus dem Reichsbanner!
Heraus aus der bürgerlichen SPD.!
Hinein in den Roten Frontkämpfer-Bund!
Hinein in die Kommunistische Partei!

Jeder klassenbewußte Arbeiter stimmt gegen Hindenburg und Marx für Thälmann!

Berlin, 11. April 1925.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der kommunistischen Internationale.

Die Kabinettskrise in Frankreich

Painlevé lehnt ab.

Paris, 13. April. Der Präsident der Republik hat gestern mittag 1 Uhr 30 Minuten den Kammerpräsidenten Painlevé berufen und ihm den Auftrag, ein Kabinett zu bilden, angeboten. Der Präsident der Kammer dankte für diesen ehrenvollen Auftrag, erklärte aber, die Besuche, die er vorgestern erhalten habe, und die dabei gewonnenen Eindrücke hätten ihm die Ueberzeugung beigebracht, daß er sehr bald auf die gleichen parlamentarischen Hindernisse stoßen würde, auf die die Regierung Herriots trotz der von ihr geleisteten Dienste gestoßen sei. Um eine dauerhafte Entspannung zwischen Kammer und Senat herbeizuführen, sei nach seiner Ansicht notwendig, daß der zukünftige Ministerpräsident gewiß ein ausgesprochen linksstehender Politiker sein müsse, aber einer, der viel weniger als er, Painlevé, an den politischen Kämpfen der letzten Jahre beteiligt gewesen sei. Hierauf hat der Präsident der Republik den Abgeordneten Aristide Briand ins Elysee berufen.

Auftrag an Briand.

Paris, 12. April. Der Präsident der Republik hat dem Abgeordneten Aristide Briand die Kabinettsbildung angetragen. Briand wird heute abend nach Beratung mit seinen Freunden und nach Prüfung der politischen Lage dem Präsidenten der Republik mitteilen, ob er den Auftrag annehmen könne.

Paris, 13. April. Nach Beendigung der heute vormittag gepflogenen Beratungen der sozialistischen Kammerfraktion erklärte der sozialistische Abgeordnete Leon Blum, einige Blätter hätten heute vormittag berichtet, daß der Nationalrat der Partei für morgen zusammenberufen worden sei, um Briand eine Antwort zu erteilen. Das sei nicht richtig. Der Nationalrat sei zusammenberufen worden, nachdem die Ministerkrisis ausgebrochen sei. Wenn es sich darum gehandelt hätte, Beschluß über die Beteiligung der Sozialisten an einem Ministerium Briand zu fassen, dann hätte man nicht den Nationalrat einzuberufen brauchen. Im übrigen gehe den Beratungen des Nationalrates der sozialistischen Partei morgen vormittag eine Beratung der Deputierten der sozialistischen Partei des Seinedepartements voraus.

Paris, 13. April. Abgeordneter Briand weilte heute nachmittag im Staatsgebäude und hatte zunächst eine Besprechung mit dem Senatspräsidenten De Selves und hierauf mit dem Berichterstatter des Finanzausschusses des Senats, dem Senator Berenger. Nach Beendigung dieser Beratungen besprach sich Briand mit den im Staatsgebäude anwesenden Mitgliedern des Finanzausschusses. Briand wird noch im Laufe des heutigen Abends dem Präsidenten der Republik Doumergue über die von ihm mit maßgebenden Mitgliedern der Finanzausschüsse des Senats und der Kammer geführten Verhandlungen Bericht erstatten.

Folge der Kapitulation der Raditsch-Partei

Aus Belgrad wird gemeldet, daß in den Verhandlungen zwischen der Regierung und der kroatischen Bauernpartei ein Stillstand eingetreten ist, weil Paßitsch den Standpunkt eingenommen hat, daß die kroatische Bauernpartei vorerst den von Raditsch in der Skupschtina angekündigten politischen Umschwung durch eine Tat, d. h. durch den Austritt aus dem Block der nationalen Verständigung und der Bauerndemokratie bekräftigen müsse.

61 Reichswehropfer geborgen

Bis jetzt sind als Opfer der wahnsinnigen Pläne der alten kaiserlichen Offiziere beim Veltheimer Unfall 61 Opfer geborgen.